

Die digitale Gesellschaft als politische Herausforderung

Zusammenfassung der Debatte auf dem Parteitag der Bochumer SPD am 07.05.2018, #spdBOpt
(Markus Dicks, Alexander Knickmeier, Jörg Schneider)



Die Digitalisierung führt zu tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft. – In der Art und Weise wie wir Arbeiten, wie wir kommunizieren, wie wir lernen, wie wir zusammenleben. Die kommenden Technologien beschleunigen unser gesamtes Leben, eine Sozialdemokratie auf der Höhe der Zeit muss konsistente Antworten auf diese Herausforderungen geben. Die SPD hat als Regierungspartei die Gestaltung der Digitalisierung als ein zentrales Zukunftsthema dem Koalitionspartner überlassen. Sie scheint das Digitalthema nicht (mehr) gestalten zu wollen - dieser Entwicklung wollen wir etwas entgegensetzen! Wir wollen eine Zukunftspartei sein und nicht der Reparaturbetrieb der großen Koalition. **Dazu wollen wir mit euch die Herausforderungen der Digitalisierung und sozialdemokratische Antworten diskutieren und zu einem Positionspapier entwickeln.**

Der Bochumer UB Parteitag vom 07. Mai 2018 unter dem Thema „Der digitale Kapitalismus als politische Herausforderung“ diente diesem Diskussionsprozess als Auftakt. Dazu sind durch den Arbeitskreis Innovation und Gesellschaft und durch die Bochumer Jusos zwei Texte verfasst worden, die mit diesem Papier zusammengefasst und für die weitere Diskussion konsolidiert werden sollten. Die 11 Thesen des Arbeitskreises und die 10 Thesen der Jusos wurden hier auf 8 Themenfelder zusammengefasst. Auch hier gilt: Dieses Papier ist nicht als Ergebnis zu verstehen und gibt keine endgültigen Antworten – vielmehr dient es als Vorlage für die weiteren Diskussionen innerhalb der Bochumer SPD.

Wir müssen den digitalen Wandel so gestalten, dass er die Menschen mitnimmt und jeden einzelnen die Möglichkeit gibt, diesen Wandel zum beruflichen und privaten Nutzen eigenständig gestalten zu können.

• Der Kapitalismus in der digitalen Welt

Das grundlegende Kapital der neuen bestimmenden Konzerne des digitalen Kapitalismus sind Daten und Algorithmen. Häufig produzieren sie nicht mehr selbst, sondern stellen Plattformen und Infrastruktur zur Verfügung, die sie zu ihren Bedingungen bewirtschaften lassen. Sie sind auf diese Weise keine klassischen Marktteilnehmer mehr, sondern werden so selbst zum Markt. Politik muss auf diese neuen Herausforderungen reagieren und diese Konzerne wieder der demokratischen Kontrolle und Regulierung unterwerfen. Dazu sind geeignete Instrumente zu entwickeln und ggf. im internationalen Rahmen durchzusetzen.

- **Gute Arbeit in der digitalen Wirtschaft**

- **Menschliche Arbeitskraft wird ersetzt, Überwachung durch Arbeitgeber, Grenzen zwischen Beschäftigung und Selbständigkeit**

Digitalisierung verändert alles, auch und insbesondere die Art und Weise wie wir arbeiten. Die digitale Ökonomie mit ihren verändernden Anforderungen an Arbeitsinhalte, Arbeitsformen und nicht zuletzt die Arbeitsflexibilität stellen bisherigen Formen der Arbeit und der Mitbestimmung in Frage. Digitale Technologien ermöglichen eine lückenlose Überwachung der Mitarbeiter/innen am Arbeitsplatz. Adaptive Robotik und Algorithmen stellen zunehmend die sozialen Beziehungen in den Betrieben in Frage. Steht der Mensch zukünftig noch im Mittelpunkt der Arbeit? Welche Beschäftigungsgruppen werden von digitalen Systemen ersetzt und wie können soziale Härten abgefangen werden? Mit der Digitalisierung verwässern die Grenzen zwischen geregelter Beschäftigung und Selbständigkeit. Solo-Selbständige, z.B. sogenannte Clickworker, stellen einen neuen Trend dar, der bisherige Arbeitsverhältnisse in Frage und völlig unzureichende soziale Absicherungen zur Folge haben.

Welche Rolle nehmen Betriebsräte in Zeiten der Digitalisierung ein? Wie gestaltet sich der Arbeitnehmerdatenschutz in Zeiten einer allgegenwärtigen Datenerfassung? Erleben wir eine Entgrenzung der Arbeit? Die SPD als Partei der Arbeit sollte sich der Tragweite der längst begonnen Umwälzungen bewusst sein und diesen Wandel gestalten.

- **Im Breitbandausbau neue Wege gehen**

Die Versorgung mit schnellem Internet ist so essenziell wie Elektrizität und Wasser. Nach 13 Jahren muss man feststellen, dass das bisherige Ausbaumodell gescheitert ist: Die durchschnittliche Verbindungsgeschwindigkeit in Deutschland betrug im ersten Quartal 2017 15,3 Mbits, weit unter denen beispielsweise in Südkorea, Norwegen oder Schweden.¹ Der Anteil der Glasfaseranschlüsse in Deutschland liegt mit 2,1% deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 22,3% und noch viel weiter hinter Spitzenländern wie Japan und Südkorea mit mehr als 75%.

Statt ständig neuer Versprechen und mehr Geld brauchen wir einen echten Neustart beim Breitbandausbau – die öffentliche Hand muss die alleinige Steuerung dieses Prozesses übernehmen. So wie VW oder Mercedes nicht unsere Straßen bauen, muss diese Infrastruktur im Sinne der Daseinsvorsorge in öffentliche Hand.

- **Datenschutz und Social Media - Datensouveränität wiederherstellen**

Ob Informationsbeschaffung, Einkauf oder Wahlen - Soziale Netzwerke haben eine Wirkmacht erreicht, mit im öffentlichen Leben allgegenwärtig sind. Der Umgang von Facebook mit Nutzerdaten zeigt, dass der Einzelne wieder über die Nutzung seiner Daten entscheiden können muss. Die Offenlegung von Algorithmen kann nur ein erster Schritt sein, wir brauchen Transparenz im Umgang mit unseren Daten.

¹ Vgl. Akamai Technologies. n.d. Durchschnittliche Verbindungsgeschwindigkeit der Internetanschlüsse in den führenden Ländern weltweit im 1. Quartal 2017 (in Mbit/s). Statista. Zugriff am 8. April 2018. Verfügbar unter <https://www.hb.fh-muenster.de:2080/statistik/daten/studie/224924/umfrage/internet-verbindingsgeschwindigkeit-in-ausgewaehlten-weltweiten-laendern/>.

Deshalb müssen wir eine (partei-)öffentliche Debatte über die Zukunft von Sozialen Netzwerken anstoßen. Dabei müssen Transparenz und die Begrenzung der Macht der Sozialen Netzwerke im Vordergrund stehen.

Ob Schrittzähler, Pulsmessung, Blutzuckerdaten oder Genomanalysen: Die Erfassung von Gesundheitsdaten immer weiter voran. Diese Daten haben ein großes Potential für den Einzelnen, wenn es darum geht die optimale Therapie oder Rehabilitationsmaßnahme zu finden, mit chronischen Krankheiten umzugehen und die verfügbaren Ressourcen des Gesundheitssystems effizient zu nutzen. Die Gesundheitskarte, die nahezu jeder in seiner in seiner Tasche trägt, hat Milliarden gekostet und bis heute nichts dazu beigetragen. Bis heute gibt es keine leistungsfähige Infrastruktur, die dieses Potential hebt.

Sie können aber auch dazu genutzt werden, gesundheitliche Risiken zu individualisieren und das Solidarprinzip der Krankenkasse in Frage zu stellen. Deshalb fordern wir eine breite öffentliche Diskussion über Modelle, z.B. Datengenossenschaften, zur verantwortungsvollen Nutzung von Gesundheitsdaten.

Die digitalen Bürgerrechte werden nicht nur durch private Unternehmen bedroht. Unter dem Vorwand drohender terroristischer Anschläge hat der Staat eine dramatische Ausweitung der Überwachung beschlossen. Mit jeder weiteren Nachricht über Anschläge lassen sich die immer gleiche Reflexe in der Politik beobachten: Geheimdienste, Verfassungsschutz und Politiker fordern eine weitere Aushöhlung von Bürgerrechten, häufig ohne eine angemessene Wirksamkeit der Maßnahmen nachzuweisen zu können. Die Vorratsdatenspeicherung und Videoüberwachung setzt in einer nie dagewesenen Weise alle Bundesbürger unter Generalverdacht und schafft die Infrastruktur für eine flächendeckende Überwachung eines jeden Einzelnen.

Diese Logik einer immer weiteren Verschärfung des Überwachungsstaates muss Einhalt geboten werden. Deshalb fordern wir, bestehende Maßnahmen kritisch auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und ggf. wieder zurückzunehmen.

• Künstliche Intelligenz: Neue Technologien verantwortungsvoll gestalten

Der Einsatz Künstliche Intelligenz (KI) wird zunehmend zum Treiber der Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei geht es darum, technische Systeme so zu konzipieren, dass sie Probleme eigenständig bearbeiten und sich dabei selbst auf veränderte Bedingungen einstellen können. Deutschland ist einer der führenden Wissenschaftsstandorte im Thema Künstliche Intelligenz. Die Potentiale und Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft sind groß, jedoch nicht absehbar und betreffen eine Vielzahl von Lebensbereichen.

Ob in Grundsatzfragen der Ethik und des Rechts oder der alltäglichen Auswirkungen auf die Arbeit, in der Bildung oder im Datenschutz. Der Einsatz von Künstliche Intelligenz wird tiefgreifend sich auf alle Lebensbereiche auswirken. Deshalb fordern wir eine breitangelegte Diskussion um die Anwendungen und Regulierung von Künstlicher Intelligenz.

Dies betrifft insbesondere auch den Einsatz von künstlicher Intelligenz und Robotik im Bereich autonomer Waffensysteme. Der Koalitionsvertrag sieht eine Ächtung dieser Waffensysteme vor, gleichzeitig soll die

Bundeswehr für rund 1 Mrd. Euro mit israelischen Kampfdrohnen ausgestattet werden, bis ein europäisches Modell verfügbar ist.

Angesichts der Widersprüchlichkeiten zwischen Reden und Handeln, fordern wir die Koalition auf, nächste Schritte auf dem Weg einer internationalen Ächtung von unbemannten und autonomen Waffensystemen zu benennen und diese zügig anzugehen.

• **Gute Bildung und Qualifikation – ein Leben lang**

Die Digitalisierung fordert unsere Arbeitswelt heraus. Infolge der Entwicklung zur Industrie 4.0 verändert sich die Arbeit – mit großen Auswirkungen auf die Beschäftigung. Während in der Vergangenheit von Umbrüchen meist nur eine Branche betroffen war, sind die Vorzeichen heute andere. Der Umbruch findet in der Breite statt: Er betrifft Tätigkeiten in der Verwaltung, in Banken, der Produktion, im Transportwesen und das in schneller Abfolge. Nach einer Studie des ZEW aus dem Jahr 2015 arbeiten 42 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in Berufen mit hoher „Automatisierungswahrscheinlichkeit“.

In der Automobilindustrie zeichnet sich bereits heute ab, wie tiefgreifend und umfassend der Wandel in einer Branche sein kann. Ein batteriebetriebenes Fahrzeug braucht keinen herkömmlichen Motor und auch kein Getriebe mehr. Gepaart mit der aufkommenden Shared Economy und dem autonomen Fahren steht die Branche vor massiven Veränderungen.

Dieser Wandel muss gestaltet werden. Lebenslanges Lernen ist der Schlüssel zum Erfolg für ein eigenständiges Leben und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Ohne diese gibt es keinen wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland. Deshalb fordern wir eine moderne, innovative und Aus- und Weiterbildungspolitik.

• **Open Data und Open Government – Daten sinnvoll nutzen**

„Wie hoch ist der Feinstaubgehalt eigentlich in meinem Viertel?“, „Kommt mein Bus pünktlich?“, „Für was gibt meine Kommune eigentlich ihr Geld aus?“. Obwohl öffentliche Verwaltungen im Rahmen ihrer Arbeit eine Vielzahl von Daten erzeugen, war die Beantwortung solcher Fragen lange Zeit sehr aufwendig. Im Rahmen der Digitalisierung und unterstützt vom sogenannten Informationsfreiheitsgesetz versuchen Open Data-Initiativen seit einigen Jahren auch in Deutschland, Daten systematisch aufzubereiten und Interessierten zur weiteren Verwendung zur Verfügung zu stellen. **Was kann, was soll Open Data leisten? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen braucht es? Wie viel Transparenz wollen wir im Umgang mit öffentlichen Daten und Daten der Bürger?**

Darüber hinaus müssen wir die Verwaltung bürgernah modernisieren und Amtswege erleichtern. Dieser Anspruch ist nicht neu und wird seit Jahren durch die Politik formuliert. Mit digitalen Angeboten, wie Bürger Online-Diensten oder Bürgerkonten, sollen Bürger unabhängig von Öffnungszeiten ihre Amtsgeschäfte erledigen können. One-Stop-Government - also Service aus einer Hand - ist in anderen Ländern wie z.B. in den nordeuropäischen Staaten längst Alltag. Dies ist bis heute in Deutschland nicht gelungen. **Wir brauchen endlich ein Konzept, für eine sichere, effiziente und bürgerfreundliche digitale Verwaltung, die zeitnah umgesetzt wird.**

- **Die digitale SPD**

Für unsere Partei, die an gesellschaftlichem Rückhalt verloren hat, bietet die Digitalisierung inhaltliche und organisatorische Chancen, die wir ergreifen müssen. Für eine Partei des 21. Jh. braucht es Angebote, die über Termininformation und Onlinewerbung hinausgehen. Es braucht Formen der Beteiligung, die einerseits niederschwellig und andererseits politisch relevant sind. Nur so begeistern wir Bürgerinnen und Bürger deren Leben – nicht immer freiwillig – unbeständiger geworden ist. **Wir wollen die Digitalisierung unserer Partei konstruktiv begleiten, neue Formate entwickeln und früh auch in unserem UB ausprobieren und nutzen.**